

**ROBERT KRIECHBAUMER**

ZWISCHEN KRISENBEWÄLTIGUNG  
UND STILLSTAND

# **DIE ÄRA FAYMANN**

ÖSTERREICH 2008 BIS 2016

**BAND 1:** 2008 BIS 2013





Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien  
der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg

Herausgegeben von Robert Kriechbaumer · Franz Schausberger · Hubert Weinberger

Band 87/1



Robert Kriechbaumer

# Zwischen Krisenbewältigung und Stillstand. Die Ära Faymann

Österreich 2008 bis 2016

Band 1: 2008 bis 2013



BÖHLAU



Veröffentlicht mit Unterstützung durch:  
Zukunftsfonds der Republik Österreich  
Amt der Salzburger Landesregierung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind  
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2024 Böhlau, Zeltgasse 1, A-1080 Wien, ein Imprint der Brill-Gruppe  
(Koninklijke Brill NV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA, USA; Brill Asia Pte Ltd, Singapore;  
Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland; Brill Österreich GmbH, Wien, Österreich)  
Koninklijke Brill NV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Hotei, Brill Schönigh, Brill Fink, Brill  
mentis, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau, V&R unipress und Wageningen Academic.

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen  
schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung:  
Werner Faymann, © Beck Lukas/VGN Medien Holding/picturedesk.com

Korrektur: Vera M. Schirl, Wien  
Einbandgestaltung: Michael Haderer, Wien  
Satz: Michael Rauscher, Wien

**Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | [www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)**

ISBN 978-3-205-21987-3

Für Edith, deren Fürsorge in einer Phase erheblicher gesundheitlicher Probleme mir die Finalisierung des Manuskripts ermöglichte.



## Vorwort

Der 1. Mai 2016 auf dem Wiener Rathausplatz hatte ihn tief erschüttert, seine Psyche beschädigt und ihm die bittere Erkenntnis vermittelt, dass seine Zeit sowohl als Parteivorsitzender wie auch als Bundeskanzler abgelaufen war. Offiziell deutete alles auf eine Fortsetzung der Ära Faymann, entsprechende Weichenstellungen sollten, wenn überhaupt, im Herbst auf dem Parteitag fallen. Der Großteil der SPÖ-Funktionäre war daher ahnungslos und von den kommenden Ereignissen völlig überrascht.

Doch Werner Faymann musste nach den für ihn entwürdigenden und historisch einmaligen Ereignissen auf dem Wiener Rathausplatz eine Entscheidung treffen und er traf sie in einem kleinen Kreis von politischen Weggefährten/innen: seiner Frau, der Wiener Gemeinderätin Martina Ludwig-Faymann, der politischen Wegbegleiterin seit Jugendtagen und nunmehrigen Nationalratspräsidentin Doris Bures, und dem politischen Mitstreiter seit den Tagen als Wiener Wohnbaustadtrat Josef Ostermayer.

Acht Jahre zuvor war er noch der Liebling der Partei gewesen, der politische Messias, der die Mehrheit bei der anstehenden Nationalratswahl sichern sollte. Der neue Hoffnungsträger sicherte sie mit bedenkenlosem und kostspieligem Populismus, dem Versprechen des »Weiter so« in der Hängematte des sozialen Garantismus und den über den gekauften Boulevard verkündeten einfachen Botschaften. Bereits in seiner Funktion als Wiener Wohnbaustadtrat hatte er bedenkenlos mit öffentlichen Geldern Inserate im Boulevard, vor allem in der »Kronen Zeitung«, für sich erworben, ein politischer Skandal der Sonderklasse, der jedoch letztlich aus koalitionsärer Vereinbarung, trotz seiner unglaublichen politischen Interventionen bei den betroffenen Firmen ÖBB und ASFINAG, unter den Teppich gekehrt wurde. Einer der schweren Fehler der ÖVP.

Werner Faymann hatte menschliche Qualitäten. Er galt im persönlichen Umgang als freundlich, besaß kommunikative Qualitäten, die ein wesentliches Kriterium für seine Parteikarriere bildeten, ganz im Gegensatz zu seinem letztlich kühl-intellektuell wirkenden Vorgänger Alfred Gusenbauer. Im Gegensatz zu Gusenbauer sprach er mit seinen Gesprächspartnern auf Augenhöhe, konnte Empathie vermitteln und besaß ein Gefühl für Stimmungen. Diese nicht unbeträchtlichen Fähigkeiten führten ihn nicht nur an die Spitze der SPÖ, sondern ließen ihn auch acht Jahre die Funktion des Bundeskanzlers ausüben. Andreas Koller bemerkte kritisch, aber durchaus zutreffend, gegen Ende der Kanzlerschaft Faymanns, dieser wisse, »wie man Kanzler wird und wie man Kanzler bleibt. Ob er auch weiß, was man als Kanzler tut, scheint zweifelhaft.«<sup>1</sup> Nach beinahe acht Jahren Kanzlerschaft wüssten selbst »penible Be-

---

1 Andreas Koller: Lebensziel: Kanzler bleiben. – In: SN 12.10.2012. S. 3.



obachter des Zeitgeschehens« nicht, »wofür der Mann eigentlich steht, außer für das Ziel, Kanzler zu bleiben.«<sup>2</sup> Wenige Monate später, kurz vor dem Ausscheiden Faymanns aus dem Amt des Bundeskanzlers, bemerkte Andreas Koller, Pragmatismus sei in der Politik durchaus eine positive Eigenschaft. »Doch allzu viel davon führt dazu, dass sich die politischen Konturen eines Politikers bis zur Unkenntlichkeit verwischen – wenn sie überhaupt vorhanden sind. Bei Faymann fehlten diese Konturen.«<sup>3</sup> Für Thomas Prior war Faymann »ein Verwalter des Status quo, ein Buchhalter der Macht,«<sup>4</sup> für Helmut Schliesselberger ein »Meister des Machterhalts.«<sup>5</sup> Der ehemalige Wiener Stadtrat sei Kanzler von Gnaden der Gewerkschaft, von der er völlig abhängig sei. Diese 2008 vom ÖGB wiedergewonnene Macht manifestiere sich in dem Umstand, so Franz Schellhorn, dass der ÖGB mit dem Sozial-, Gesundheits- und Infrastrukturministerium drei Schlüsselpositionen besetze und damit erheblichen Einfluss auf die Regierungspolitik habe. Von einer eigenen Handschrift des Kanzlers finde sich keine Spur.<sup>6</sup>

Trotz dieses erheblichen Mankos übte Werner Faymann acht Jahre die Funktion des Bundeskanzlers aus und stand damit nach Bruno Kreisky und Franz Vranitzky in einer Reihe mit Leopold Figl und Julius Raab. Wenngleich die SPÖ unter seiner Kanzlerschaft alle Landtagswahlen verlor, darunter auch die Position der Landeshauptfrau bzw. des Landeshauptmanns in Salzburg und der Steiermark, so sicherte Werner Faymann der SPÖ bei den Nationalratswahlen 2008 und 2013 die Position der stimmen- und mandatsstärksten Partei und damit die Kanzlerschaft. Das grund-satzpolitische Defizit glich er durch die Fähigkeit der Aufnahme von Stimmungen und Strömungen aus, die ihn, wie im Fall der Flüchtlingskrise 2015, zu einem radikalen Schwenk weg von der Politik Merkels veranlassten, oder den Weg der populistischen Klassenkampfparolen und damit auch gesellschaftspolitischen Zuspitzung in ordnungspolitischen Fragen einschlagen ließen. Die Schwäche der eigenen grund-satzpolitischen Orientierung führte dazu, dass oftmals populistische Beliebigkeit staatspolitische Verantwortung überdeckte.

Die Frage, warum über die Regierung Faymann ein so voluminöses Werk geschrieben wurde, ist mit dem Hinweis zu beantworten, dass es sich dabei nicht um eine Biografie handelt, sondern um eine möglichst breite Darstellung der Geschichte Österreichs in den Jahren 2008 bis 2016. Es war eine Zeit voll turbulenter Ereignisse, die, wie im Fall der Finanz- und Wirtschaftskrise und der Flüchtlingskrise, ihren Ursprung nicht in Österreich hatten, deren Auswirkungen auf das Land jedoch er-

2 Ebd.

3 Andreas Koller: Das war Werner Faymann. – In: SN 10.5.2013, S. 3.

4 Thomas Prior: Der Status quo ist seine Vision. – In: Die Presse 11.1.2014, S. 1.

5 Helmut Schliesselberger: Meister des Machterhalts. – In: SN 4.3.2015, S. 3.

6 Vgl. Franz Schellhorn: Wir wählen, der ÖGB regiert. – In: PROFIL Nr. 3, 18.1.2016, S. 19.

heblich waren und gravierende Spuren hinterließen. Es war eine Zeit erheblicher ordnungspolitischer Kontroversen, die auch heute noch geführt werden. In diesem Sinn ist die Ära Faymann ein gar nicht so ferner Spiegel der Gegenwart. Die Regierungsjahre Werner Faymanns bilden keine »Ära« im klassischen Sinn, da ihnen das für die Politik so zentrale gestalterische Moment durch eine führende Persönlichkeit oder eine Partei fehlt. Sie ist aber insofern eine Ära, als in diesen acht Jahren eine Fülle von Ereignissen die Geschichte des Landes bestimmten, deren Nachwirkungen und Spuren für den politischen Beobachter noch heute bedeutsam sind.



# Inhaltsverzeichnis

VORWORT . . . . .	7
1. DIE REGIERUNGSBILDUNG 2008 – DIE UNGELIEBTE KOALITION . . .	17
2. DIE FINANZ- UND WIRTSCHAFTSKRISE 2008 . . . . .	40
2.1 Die Ursachen der Krise: Die Entkoppelung von Kapital und Realwirtschaft. Der entfesselte Finanzkapitalismus . . . . .	40
2.2 Die Internationalisierung der Krise und die Folgen für die Realwirtschaft . . . . .	51
2.3 Das Bankenrettungspaket . . . . .	54
3. DIE ÖSTERREICHISCHEN BANKEN IN DER KRISE . . . . .	64
3.1 Turbulenzen . . . . .	64
3.1.1 Stresstests und das Problem der Unterfinanzierung . . . . .	77
3.1.2 Verstaatlichung als letzter Ausweg. Die Problembanken der österreichischen Bankenszene: Österreichische Volksbanken AG (ÖVAG), Kommerzbank, Hypo Group Alpe-Adria (HGAA) . . . . .	83
3.1.3 Die Österreichische Volksbanken AG (ÖVAG) . . . . .	85
3.1.4 Die Kommunalkredit . . . . .	95
3.1.5 Die Hypo Group Alpe-Adria. – »... Das mit Abstand teuerste Kapitel der österreichischen Wirtschaftsgeschichte« . . . . .	101
4. WIRTSCHAFTSPOLITIK IM ZEICHEN DER KRISE UND DIE UNÜBERWINDBARKEIT STRUKTURELLER PROBLEME . . . . .	167
4.1 Die Dominanz der Krisenstrategien 2008/09 . . . . .	167
4.2 Allmähliche Erholung 2010/11 und die Auswirkungen der asymmetrischen Terms of Trade . . . . .	172
4.3 Anhaltende Konjunkturschwäche durch ungünstige Rahmen- bedingungen 2012/13 – Schwaches Wachstum der Weltwirtschaft und anhaltende Rezession im Euro-Raum . . . . .	178
4.4 Kontroverses ordnungspolitisches Intermezzo: Die Diskussion über Privatisierungen als notwendige Strukturelemente zur Überwindung der Krise und zur Verbesserung des Wirtschaftsstandortes Österreich . .	185

5.	DAS BUDGET ALS IDEOLOGISCHER UND ORDNUNGSPOLITISCHER KAMPFPLATZ . . . . .	191
5.1	»Schulden Fressen Zukunft auf.« Die Diskussion über das Doppelbudget 2009/10 . . . . .	191
5.2	Die Staatsschuldenkrise im südlichen Europa. Ein ordnungspolitischer Paradigmenwechsel der EU-Finanzpolitik . . . . .	201
5.3	Einnahmen- oder ausgabenseitig? Die Budgetkonsolidierung 2009/10 .	206
5.4	Kritik und Korrekturen . . . . .	231
5.5	Geänderte finanzpolitische Rahmenbedingungen durch die EU 2011/12	236
5.6	Die Budgetsanierung 2011/12 und die Schuldenbremse . . . . .	240
5.7	Neue Regeln : Österreichischer Stabilitätspakt, europäischer Fiskalpakt und europäischer Stabilitätsmechanismus . . . . .	261
6.	ZWISCHEN MARKT UND STAAT. DIE ÖIAG . . . . .	273
6.1	Strategische Entscheidungen in einem komplexen Umfeld – Die OMV .	284
6.2	Im Schatten der Skandale, Strukturprobleme, die neuen Investoren Ronny Pecik und Carlos Slim. Die Telekom Austria . . . . .	295
6.3	»Das ist Realitätsverweigerung ersten Ranges.« Die Post AG und die Politik . . . . .	315
7.	DIE KOALITIONÄRE LOGIK. SCHWARZE UND ROTE UNTERNEHMEN – VERBUND UND ÖBB . . . . .	324
7.1	Die Verbund AG . . . . .	324
7.2	Die ÖBB . . . . .	335
7.2.1	Das nicht reformierbare »Fass ohne Boden«. Die Krise der ÖBB . . . .	335
7.2.2	»So wie bisher können wir nicht weiter machen.« Christian Kern und die Reform der ÖBB . . . . .	343
8.	KONTROVERSEN UM DEN WOHLFAHRTSSTAAT . . . . .	355
8.1	Sozialpolitik oder die Frage der Gerechtigkeit . . . . .	355
8.1.1	Das manichäische Bild des Austromarxismus . . . . .	355
8.1.2	»In nur wenigen Ländern fällt die Ungleichheitsreduktion durch staatliche Umverteilung höher aus.« Die Divergenz zwischen kollektiver Wahrnehmung und den Fakten . . . . .	358
8.1.3	Unterschiedliche Auffassungen von sozialer Gerechtigkeit. Bedarfsorientierte Mindestsicherung versus Transferkonto . . . . .	364
8.1.4	Mehr Beschäftigte und mehr Arbeitslose. Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt . . . . .	374
8.2	Die Macht der Zahl. Das (kostspielige) Land der Frühpensionisten . . .	379
8.2.1	»Rentnerdiktatur« versus Generationengerechtigkeit . . . . .	379

8.2.2	Der weitgehend vergebliche Kampf gegen (SPÖ-)Windmühlen. Hacklerregelung und Invaliditätspension . . . . .	392
8.2.3	Die nationalen und internationalen Befunde und Empfehlungen . . . . .	406
8.3	»Wir haben ein Ausgaben- und kein Einnahmenproblem.« Das Ringen um gesundheitspolitische Reformen . . . . .	413
8.3.1	Das komplexe österreichische Gesundheitssystem . . . . .	413
8.3.2	Die Sanierung der defizitären Gebietskrankenkassen . . . . .	420
8.3.3	Die umstrittene Gesundheitsreform 2012/13 . . . . .	423
8.3.4	Die gesellschaftliche Wandlungsdynamik und das wachsende Problem der Pflege – Der Pflegefonds . . . . .	432
8.4	Unterschiedliche Familienbilder – Familienpolitische Kontroversen . . . . .	437
8.4.1	Strukturwandel der Familienpolitik . . . . .	437
8.4.2	Tendenzen der Familienpolitik . . . . .	444
8.4.3	Zwischen Politik à la DDR und Selbstbestimmung. Die ideologische Kontroverse . . . . .	450
9.	KAMPFPLATZ DER IDEOLOGIEN – DIE BILDUNGS- UND UNIVERSITÄTSPOLITIK . . . . .	458
9.1	Bildungspolitische Kontroversen . . . . .	458
9.1.1	Höhere Lehrverpflichtung. Die Auseinandersetzung mit der Lehrergewerkschaft . . . . .	458
9.1.2	Zentralmatura, Abschaffung des Sitzenbleibens, neue Organisationsstrukturen. Bildungspolitische Differenzen . . . . .	461
9.1.3	Leistungsschwäche und PISA . . . . .	469
9.1.4	Auf dem Weg zur Gesamtschule in homöopathischen Dosen . . . . .	472
9.2	Probleme der Massenuniversität . . . . .	481
9.2.1	Linke Revolutionsromantik mit anarchistischen Zügen . . . . .	481
9.2.2	Freier und kostenloser oder beschränkter und beitragsfinanzierter Zugang. Die Diskussion über die Massenuniversität . . . . .	484
9.2.3	Der umstrittene Bologna-Prozess . . . . .	487
9.2.4	Der lange Weg zur Studienplatzfinanzierung – Die Novelle zum Universitätsgesetz 2013 . . . . .	489
10.	DER LÄNDLICHE RAUM – AGRARPOLITIK . . . . .	499
11.	DIE UNGELIEBTE LANDESVERTEIDIGUNG UND DIE FORTSCHREITENDE DEMONTAGE DES BUNDESHEERS . . . . .	510
11.1	Abschaffung der Wehrpflicht, eine neue Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, Populismus und sicherheitspolitische Illusionen . . . . .	510
11.2	Der Widerstand formiert sich. Der Fall Entacher . . . . .	523

11.3	»Wir wollen ein Heer aus dem Volk für das Volk.« Der Kampf um die öffentliche Meinung . . . . .	532
11.4	Die Volksbefragung und die Folgen . . . . .	543
12.	DER ORF ODER VON DER (PARTEI-)POLITISIERUNG DES ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN RUNDFUNKS . . . . .	551
12.1	Ein neues Rundfunkgesetz 2010 . . . . .	554
12.2	Der Kampf um Macht und Einfluss – Personalpolitische Reivirements .	567
12.3	»... Das Ergebnis rein politisch motivierter Absprachen.« Die Wiederwahl von Alexander Wrabetz 2011 . . . . .	571
12.4	Die Diskussion über die Finanzierung, eine Strukturreform und die (vergebliche) Entpolitisierung . . . . .	581
13.	DAS NEUE POLITISCHE MEGATHEMA. DIE VIELEN FACETTEN DER MIGRATION . . . . .	598
13.1	Eine neue (gescheiterte) Migrationspolitik. Die Rot-Weiß-Rot-Card 2011 . . . . .	599
13.2	Die falsche Migration, das Problem der (nicht erfolgreichen) Integration und das Entstehen von muslimischen Parallelgesellschaften	604
13.2.1	Der Missbrauch des Asylrechts durch die zunehmend massenhafte Immigration . . . . .	609
13.2.2	Die illegale Massenmigration und die Illusion der Integration . . . . .	612
13.2.3	Die salafistisch geprägte Parallelgesellschaft. Der beginnende »Kampf der Kulturen« und die Spaltung der Gesellschaft. Die Politisierung und Ideologisierung der kulturellen Fragmentierung . . . . .	620
14.	DER ZWEIJÄHRIGE WAHLMARATHON 2009/10 . . . . .	643
14.1	Kärnten ist anders. Die Landtags- und Gemeinderatswahlen in Kärnten am 1. März 2009 . . . . .	644
14.2	Gnadenloses Lächeln statt Politik. Die Landtagswahl in Salzburg am 1. März 2009 . . . . .	652
14.3	Ein wahlpolitisches Erdbeben. Die Europawahl am 7. Juni 2009 . . . . .	658
14.4	Ein Landeshauptmann rettet die absolute ÖVP-Mehrheit. Die Landtagswahl in Vorarlberg am 20. September 2009 . . . . .	665
14.5	Triumph und Desaster im veränderten Wählermarkt. Die Landtagswahl in Oberösterreich am 27. September 2009 . . . . .	671
14.6	Frühjahr 2010: Die Gemeinderatswahlen in Niederösterreich, Tirol und Vorarlberg sowie ein spannungsloser Bundespräsidentenwahlkampf . . . . .	679

14.7	Ein aufgelegter politischer Elfmeter und die populistische Flexibilität eines Landeshauptmanns. Die Landtagswahl im Burgenland am 30. Mai 2010 . . . . .	682
14.8	Themenarmut und Volksfeststimmung. Die Landtagswahl in der Steiermark am 26. September 2010 . . . . .	690
14.9	Ein »grauslicher« Wahlkampf mit allen Mitteln. Die Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl am 10. Oktober 2010 . . . . .	700
14.10	Die Landtagswahlen 2009/2010 – Allgemeine Trends und Besonderheiten . . . . .	712
15.	NEUFORMIERUNGEN UND FRAGMENTIERUNG. DAS SPEKTRUM DER PARTEIEN . . . . .	720
15.1	Soziale Gerechtigkeit und Klassenkampf als politische Kernbotschaften. Die Linkswende der SPÖ . . . . .	720
15.1.1	Realpolitik oder Ideologie? Die »heiße Kartoffel« FPÖ . . . . .	720
15.1.2	»Rufen musst du, lieber Werner, wir marschieren mit dir!« Der ÖGB (die FSG) als ideologischer und politischer Akteur. Die SPÖ als syndikalistische Partei . . . . .	734
15.1.3	Die Inseratenaffäre . . . . .	743
15.1.4	Trotz politischer Rückschläge Erfolg bei der Nationalratswahl . . . . .	747
15.2	Die Crux der unbedankten Zweiten, die Macht der Gewohnheit und die Ohnmacht des Reformers. Die ÖVP . . . . .	754
15.2.1	Neuorientierung nach der Niederlage: Josef Pröll . . . . .	754
15.2.2	Eine moderne konservative Volkspartei. Das neue Parteiprogramm . . . . .	762
15.2.3	»Ein verkrusteter Apparat.« – Der Problemfall Wiener ÖVP, Akt 1 . . . . .	767
15.2.4	Von Josef Pröll zu Michael Spindelegger . . . . .	772
15.2.5	Der Problemfall Wiener ÖVP. 2. Akt . . . . .	780
15.2.6	Die ÖVP unter Michael Spindelegger . . . . .	786
15.3	Der Phönix aus der Asche. Die FPÖ . . . . .	801
15.3.1	Das kurze Leben der Zwei-Firmen-Theorie und der Sieg der Inhalationstheorie . . . . .	801
15.3.2	Die Frage der Positionierung. Zurück zu klassischen FPÖ-Positionen oder ein neuer Kurs? . . . . .	809
15.3.4	Regierungsanspruch und ein neues Parteiprogramm . . . . .	812
15.3.5	Unerwartete Turbulenzen und Trübungen . . . . .	816
15.4	Partei ohne Markenzeichen. Das BZÖ . . . . .	821
15.4.1	Der Tod Jörg Haiders und die Suche nach einem Parteiobmann . . . . .	821
15.4.2	Zwischen alten Zöpfen und neuen Wegen. Das BZÖ unter Josef Bucher . . . . .	825



15.4.3	»Das ist die Diktatur des Sternhofs.« Der »Putsch« des Kärntner BZÖ (FPK) . . . . .	827
15.4.4	Das neue BZÖ als rechtsliberale Partei . . . . .	832
15.4.5	Auflösung auf offener Bühne . . . . .	836
15.5	Zwischen linker Ideologie und der Sehnsucht nach Regierungsbeteiligung. Die Grünen als linke Öko-Partei . . . . .	839
15.6	Ein unprofessioneller politischer Newcomer. Das Team Stronach . . .	856
15.7	Die NEOS als – trotz aller Kinderkrankheiten – neuer politischer Mitbewerber . . . . .	868
16.	DAS SUPERWAHLJAHR 2013 . . . . .	872
16.1	Paradigmenwechsel – Veränderungen der politischen Landschaft. Die Gemeinderats- und Landtagswahlen als politischer Seismograf . .	872
16.1.1	Die Stadt der Wechselwähler – Der Sonderfall Graz. Die Grazer Gemeinderatswahl am 25. November 2012 . . . . .	873
16.1.2	Kärnten oder das Ende des Systems Haider . . . . .	880
16.1.3	Erwin Pröll oder die ungebremste Macht der der ÖVP. Die Landtagswahl in Niederösterreich am 3. März 2013 . . . . .	891
16.1.4	Spaltung, Bruch, Konfrontation. Die Tiroler Landtagswahl am 28. April 2013 in einer geänderten politischen Kultur . . . . .	899
16.1.5	Ein Finanzskandal und ein politisches Erdbeben. Die Landtagswahl in Salzburg am 5. Mai 2013 . . . . .	912
16.2	Die Nationalratswahl am 29. September 2013 . . . . .	927
16.2.1	Ein schlechtes Image. Eine Regierung der Gegensätze. Konfrontation statt Kooperation . . . . .	927
16.2.2	Das Wahlergebnis . . . . .	946
17.	TABELLENVERZEICHNIS . . . . .	956
18.	QUELLENVERZEICHNIS . . . . .	962
19.	REGISTER . . . . .	972

## 1. Die Regierungsbildung 2008 – Die ungeliebte Koalition

Der sich beschleunigende Wandlungsprozess der politischen Kultur und dessen Folgen auf das Parteiensystem der Zweiten Republik hatte in der Nationalratswahl am 28. September 2008 seine eindrucksvolle Bestätigung gefunden. Die einstigen Großparteien SPÖ und ÖVP waren auf den Status von größeren Mittelparteien geschrumpft, wobei besonders die ÖVP gegenüber der letzten Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 mit 25,95 Prozent einen Verlust von rund 400.000 Stimmen verzeichnete und sogar unter ihren bisherigen historischen Tiefstand des Jahres 1999 mit 26,9 Prozent sank. Auch die SPÖ befand sich mit dem Verlust von rund 180.000 Stimmen und 29,26 Prozent auf einem historischen Tiefstand, hatte jedoch die Position der stärksten Partei zu behaupten vermocht. Beide Koalitionsparteien der Legislaturperiode 2006 bis 2008 verzeichneten somit kumulierte Verluste von 580.000 Stimmen und 24 Mandaten, von denen allein auf die ÖVP 15 entfielen. FPÖ und BZÖ erzielten mit 17,54 bzw. 10,70 Prozent der abgegebenen Stimmen deutliche Zuwächse und wurden gemeinsam mit 28,24 Prozent zur zweitstärksten Kraft, womit sie das als politischen Erdbeben gewertete Ergebnis der FPÖ unter Jörg Haider bei der Nationalratswahl 1999 um 1,34 Prozentpunkte – rund 130.000 Stimmen – übertrafen. Im Fall eines klassischen Mehrheitswahlrechts wäre die FPÖ, im Unterschied zum BZÖ und den Grünen, die leichten Verluste hinnehmen mussten und mit 10,34 Prozent noch hinter das BZÖ an die fünfte Stelle zurückfielen, allerdings im Nationalrat nicht vertreten gewesen.<sup>1</sup>

Das Wahlergebnis war das Ergebnis der politischen Kultur mit ihrer zunehmenden Systemverdrossenheit und Bereitschaft zum Protestverhalten, das Hauptmotiv der Wähler von FPÖ und BZÖ,<sup>2</sup> der Spaltung in Systembewahrer und -veränderer, wobei der SPÖ die Mobilisierung ihrer systembewahrenden Kernklientel gelang, sowie der Nichtbeachtung der zunehmenden Bedeutung der Migrationsproblematik und des vom Boulevard wesentlich dominierten Wahlkampfes. In einer Koalition mit der »Kronen Zeitung« strapazierte die SPÖ den bereits bei der Wahl 2006 konstru-

---

1 Für prominente Politologen und Verfassungsrechtler wie Heinrich Neisser oder Theo Öhlinger war eine Reform des politischen Systems in Richtung klassisches Mehrheitswahlrecht dringend geboten, um die koalitionsbedingten Blockaden der Regierungspolitik aufzubrechen. Nach einer Berechnung des Grazer Politologen Klaus Poier hätte das Wahlergebnis vom 24. September im Fall eines klassischen Mehrheitswahlrechts mit 183 Einerwahlkreisen folgendes Ergebnis gebracht: SPÖ 89, ÖVP 77, BZÖ 13 und Grüne 4 Mandate. Es war und ist daher folgerichtig, dass FPÖ, BZÖ und Grüne ein Mehrheitswahlrecht vehement ablehnten.

2 Peter Filzmaier: Ein Regierungsdesaster: Analyse der Nationalratswahl 2008. – In: ÖJP 2008. S. 23–38. S. 35.

ierten Topos der »sozialen Kälte«, als dessen Gegenentwurf das politische Biedermeier der »Insel der Seligen«, die angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise immer mehr zum sozialpolitischen Sehnsuchtsort wurde und damit bei Wahlen seine Wirksamkeit entfaltete. Hatte sich bei den Nationalratswahlen zwischen 1994 und 2006 der Anteil der Late Deciders von 18 auf 24 Prozent erhöht, so betrug er nunmehr ein Drittel. Bei den Wechselwählern waren es sogar zwei Drittel. Verfügte die ÖVP noch im Frühjahr 2008 in allen demoskopischen Erhebungen über einen deutlichen Vorsprung vor der SPÖ, so schmolz dieser im Sommer auch angesichts strategischer und inhaltlicher Fehler der ÖVP zusehends. Bereits Mitte August konnte die SPÖ mit der ÖVP gleichziehen und sie bis zum Wahltag überholen. Die Anbiederung der SPÖ unter Alfred Gusenbauer und Werner Faymann in europapolitischen Fragen an die Forderungen der »Kronen Zeitung«, vor allem von deren Herausgeber Hans Dichand, die mit dem Satz von Vizekanzler und Finanzminister Wilhelm Molterer »Es reicht!« am 7. Juli zur Beendigung der Koalition und Neuwahlen führte, sollte sich für die SPÖ bezahlt machen. Österreichs größte Tageszeitung konstituierte sich »als wahlkämpfender politischer Akteur, der – unter Missachtung jeglicher seriöser [sic] journalistischer [sic] Grundsätze – eine massive Pro-Kampagne für die SPÖ und ihren Spitzenkandidaten ebenso wie eine vielleicht noch durchschlagendere Negativkampagne gegen die ÖVP führte.«<sup>3</sup>

Als das Wahldesaster am Abend des 28. September offensichtlich wurde, herrschte Niedergeschlagenheit und Verbitterung in der ÖVP. Wenngleich auch die SPÖ verloren hatte, so hielten sich deren Verluste auf Grund ihrer thematischen Verankerung im sozialpolitischen Themenbereich und der massiven Unterstützung von Österreichs größtem Boulevardblatt in Grenzen. Sie konnte ihre Position als stärkste Partei behaupten und damit den Regierungsanspruch stellen. Strukturelle Reformen, so sehr diese auch von Experten gefordert wurden, waren offensichtlich ebenso un-

3 Peter A. Ulram: Ein verspielter Sieg und eine siegreiche Zeitungspartei – zur Analyse der Nationalratswahl 2008. – In: ÖJP 2008. S. 3–21. S. 5. Zur Rolle der »Kronen Zeitung« im Nationalratswahlkampf 2008 vgl. auch Claus Reitan: Wollt ihr den totalen Boulevard? Zur Rolle der Medien, insbesondere der »Kronen Zeitung« im Nationalratswahlkampf 2008. – In: ÖJP 2008. S. 295–313; Fritz Plasser, Gilg Seeber: Wahlentscheidung in der Boulevard-Demokratie: Die Kronen Zeitung, NEWS Bias und Medieneffekte. – In: Fritz Plasser (Hg.): Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich. – Wien 2010. S. 273–312 (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung. Band 31.); Harald Schoen: Mehr als ein Auslöser der Neuwahl? Die Europapolitik, die Kronen Zeitung und die Wahlentscheidung 2008. – In: Ebda. S. 313–337. Zu den Analysen der Nationalratswahl 2008 vgl. vor allem auch Thomas Hofer, Barbara Tóth (Hg.): Wahl 2008. Strategien, Sieger, Sensationen. – Wien/Graz/Klagenfurt 2008; Robert Kriechbaumer: »Es reicht!« Die Regierung Gusenbauer-Molterer. Österreich 2007/2008. – Wien/Köln/Weimar 2016. S. 913 ff. (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg. Herausgegeben von Robert Kriechbaumer, Franz Schausberger, Hubert Weinberger. Band 55.)

populär wie die Rolle des Zweiten in der Koalition undankbar. Bereits die Regierung Schüssel war bei ihrer Reformagenda trotz hervorragender Wirtschaftsdaten an der populistischen Propaganda der »sozialen Kälte«, des Raubs »wohlerworbenere Rechte« und einem geschickt inszenierten »Negative Campaigning« gescheitert. Nun war die Partei neuerlich neben strategischen Fehlern an der Boulevardisierung der Politik, der Reformunwilligkeit und dem hemmungslosen Populismus des Regierungspartners gescheitert. Die Illusion des sozialen Cocoonings, des all inclusive sozialen Garantismus, hatte seine wahlpolitische Wirksamkeit bewiesen. Die Frage war allerdings, welche Konsequenzen man aus dieser Erkenntnis ziehen sollte. Die Antwort war keineswegs einfach, da bei dieser die Struktur der Partei, die damit verbundene Vielzahl von Stimmungen, Strömungen und Interessen sowie die (welt-)politischen Rahmenbedingungen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise berücksichtigt werden mussten.

Lediglich in zwei Punkten herrschte Konsens:

1. Der Wahlverlierer, Bundesparteiobmann, Vizekanzler und Finanzminister Wilhelm Molterer, musste aus dem Wahldebakel die Konsequenzen ziehen und seine Funktion zur Verfügung stellen. Bereits am Tag nach der verlorenen Nationalratswahl gab Molterer seinen Rücktritt als Bundesparteiobmann bekannt und schlug den amtierenden Landwirtschaftsminister und Regierungskoordinator Josef Pröll als seinen Nachfolger vor. Der Bundesparteivorstand akzeptierte das personelle Revirement und betraute Pröll mit der Führung der Geschäfte. Seine offizielle Wahl sollte auf einem Bundesparteitag Ende November erfolgen. Der designierte neue Parteiobmann verfügte nicht nur über die innerparteilich dominante Hausmacht der niederösterreichischen Landespartei, sondern hatte ein jugendliches Image und schien in der Lage, die notwendige Adaptierung der Partei an die Wandlungsdynamik der politischen Kultur zu bewältigen.
2. Die innerparteiliche Stimmung wurde vom Grundtenor der Enttäuschung und Wut über das Verhalten der SPÖ und deren Obmann Werner Faymann bestimmt. Es war nicht nur der Kniefall vor der »Kronen Zeitung« in europapolitischen Fragen, sondern vor allem der Bruch des Stillhalteabkommens zwischen den beiden Koalitionsparteien für den bevorstehenden Wahlkampf 2008. Am 24. September initiierte der SPÖ-Vorsitzende zusammen mit den Oppositionsparteien in einer turbulenten Nationalratssitzung in einem populistischen Wettrennen Wahlversprechen in Höhe von rund drei Milliarden Euro ohne Rücksicht auf deren Finanzierbarkeit. Diese turbulente Nationalratssitzung, in der die ÖVP durch die hemmungslose populistische Agitation in die Defensive gedrängt worden war, hatten das Misstrauen über die Paktfähigkeit der SPÖ vor allem bei unpopulären, aber notwendigen Reformen bestätigt.

Auf Grund der unterschiedlichen Interessenlage sowie der Stellung im (regional-) politischen System herrschten hingegen innerparteiliche Differenzen in der Frage der Aufnahme möglicher Regierungsverhandlungen mit der SPÖ und der Fortsetzung der Koalition. Während die Befürworter von Regierungsverhandlungen mit der SPÖ vor allem im Lager der Sozialpartner (Wirtschaftsbund, Bauernbund) und der mächtigen Landesorganisationen von Nieder- und Oberösterreich zu finden waren, plädierten ÖAAB, Junge ÖVP und vor allem die steirische Landesorganisation für die Auslotung anderer Koalitionsmöglichkeiten mit FPÖ und BZÖ, eventuell auch BZÖ und Grünen, um die neuerliche, für die Partei als undankbar bis tödlich empfundene Rolle des Juniorpartners in einer Regierung mit der SPÖ zu vermeiden. Eine Regierung mit FPÖ und BZÖ, für die BZÖ-Obmann Jörg Haider deutliche Signale vernehmen ließ, wurde auch mit dem Wahlergebnis argumentiert, das eine Mehrheit jenseits von links ergeben habe. Man sollte daher unbedingt den Versuch unternehmen, diesem Wählerauftrag gerecht zu werden, d.h. in einer Regierung entweder den Bundeskanzler stellen oder in Opposition gehen.

Im Gegensatz zur ÖVP herrschte in der SPÖ mit Blick auf das Wahlergebnis und strategische Festlegungen vor der Wahl – keine Koalition auf Bundesebene mit FPÖ oder BZÖ – Einigkeit: Eine von vielen bevorzugte rot-grüne Koalition war rein rechnerisch nicht möglich, sodass nur die Wiederauflage der Regierungszusammenarbeit mit der ÖVP als realistische Option übrigblieb. Als stimmen- und mandatsstärkste Partei würde man von Bundespräsident Heinz Fischer den Auftrag zur Regierungsbildung erhalten, weshalb es nun galt, die widerstrebende Braut mit allen Mitteln zu umgarnen, wobei man vor allem auf die Koalitionsbefürworter in den Reihen der ÖVP und entsprechenden publizistischen Druck seitens der »Kronen Zeitung« nach dem Motto des Wiener Bürgermeisters Michael Häupl, notfalls müsse man eben die ÖVP mit Hilfe der Publizistik in eine Koalition »hineinprügeln«, setzte. Die scheinbar schlechte Position der SPÖ, ihr Angewiesensein mangels anderer Optionen auf einen einzigen Koalitionspartner, verlor jedoch bei genauerer Betrachtung ihren Schrecken, wenn man die Möglichkeit der Bildung einer Minderheitsregierung nach dem Muster des Jahres 1970 in Betracht zog. Sollten die Regierungsverhandlungen mit der ÖVP scheitern, besaß die Option der Bildung einer Minderheitsregierung einen strategischen Reiz, bot sich doch damit die Möglichkeit der Verabschiedung populärer sozialpolitischer Maßnahmen und die folgende baldige Ausschreibung von Neuwahlen, für die vor allem die ÖVP nicht vorbereitet war. Damit drohte ein Déjà-vu des Jahres 1971, als es Bruno Kreisky gelang, aus einer Position der Minderheitsregierung die absolute Mehrheit zu erringen. Dieses Alternativszenario verlor jedoch an Realisierungschance, wenn sich in der ÖVP jener Flügel durchsetzte, der auf die Bildung einer Regierungskoalition rechts der Mitte drängte. Für die SPÖ galt es daher, die ÖVP mit Sirenentönen zu umschmeicheln und vor allem den koalitionsfreundlichen sozialpartnerschaftlichen Flügel zu stärken. Dass sie mit dieser Taktik

erfolgreich war, war nicht nur das Ergebnis ihres Geschicks und elastischen Verhandlungsführung, sondern einer gravierenden Veränderung der politischen Rahmenbedingungen: Dem Durchschlagen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf Österreich, die zur Rettung des Finanz- und Wirtschaftsstandorts Österreichs und der Stabilität seines wohlfahrtsstaatlichen Systems einen nationalen Schulterchluss erforderlich machte und dem unvorhergesehenen Unfalltod des Kärntner Landeshauptmanns und BZÖ-Obmanns Jörg Haider, einem der prominentesten Befürworter einer Mitte-rechts-Koalition, am 11. Oktober 2008.

Die SPÖ eröffnete mit einer Präsidiumssitzung am 30. September 2008 ihr Werben um die ÖVP. Man wolle mit der ÖVP wiederum eine Regierung bilden, hieß es unisono nach der Sitzung. Selbst Linke in der Partei wie Pensionisten-Chef Karl Blecha und der oberösterreichische Landeshauptmann-Stellvertreter Erich Haider, ein erbitterter Gegner der ÖVP in Oberösterreich, fanden lobende Worte für diese Koalitionsvariante. Um nicht den taktischen Fehler der letzten Regierungsverhandlungen zu wiederholen, bei denen man sich durch inhaltliche Fixierungen selbst gefesselt hatte und schließlich als deutlicher Verlierer vom Feld ging, wurde Werner Faymann von solchen Fixierungen völlig befreit, um bei den Verhandlungen möglichst flexibel agieren zu können. Dabei erfreute sich eine Neuauflage der Großen Koalition in der öffentlichen Meinung keineswegs einer mehrheitlichen Zustimmung. In einer von »mobil-research.at« Anfang Oktober durchgeführten Umfrage sprachen sich nur 27,2 Prozent der Befragten für diese Regierungsform aus, wobei die Ablehnung bei den jüngeren Alterskohorten noch deutlich ausgeprägter war. 76,5 Prozent der unter 29-Jährigen lehnten sie dezidiert ab.<sup>4</sup>

Als SPÖ-Obmann Faymann am 1. Oktober von Bundespräsident Heinz Fischer zu einem Gespräch über das Wahlergebnis und dessen Konsequenzen empfangen wurde, erklärte er anschließend, er werde, sollte er vom Bundespräsidenten in den folgenden Tagen mit der Regierungsbildung beauftragt werden, sofort die ÖVP zu substanziellen Gesprächen einladen. Obwohl er sich durchaus dessen bewusst sei, dass es in der ÖVP viele Skeptiker gibt, brauche Österreich angesichts der erheblichen finanz- und wirtschaftspolitischen Turbulenzen rasch eine handlungsfähige Regierung. Josef Pröll, der vom Bundespräsidenten anschließend zu einer Aussprache empfangen wurde, betonte, seine Partei habe sich noch keineswegs auf eine Neuauflage der Großen Koalition festgelegt. Er habe den Bundespräsidenten vom Beschluss des ÖVP-Parteivorstandes in Kenntnis gesetzt, nach dem alle Optionen eingehend zu prüfen seien, auch jene eines Gangs in die Opposition. Anschließend ließ er jedoch seine großkoalitionären Präferenzen durchblicken, als er auf Journalistenfragen nach einer Mitte-rechts-Koalition seine Skepsis äußerte. Das sei eine rein »arithmetische Möglichkeit, die nach wie vor im Raum steht«. Er gebe zu bedenken, dass

4 Die Presse 7.10.2008. S. 5.

die Obmänner von FPÖ und BZÖ auf Grund ihrer gegenseitigen Animositäten nicht einmal einen Kaffee miteinander trinken können.<sup>5</sup> Pröll war sich der Stimmung in der eigenen Parteibasis durchaus bewusst, die sich mit überwiegender Mehrheit gegen die Neuaufgabe einer Koalition mit der SPÖ aussprach. Doch Stimmungen und Emotionen, so verständlich sie auch erschienen, waren das eine, die politischen Realitäten, die gebieterische Macht des Faktischen – Finanz- und Wirtschaftskrise, staatspolitische Verantwortung als historische DNA, Notwendigkeit einer stabilen Regierung und deren Verankerung in großen Organisationen mit Expertise und Einflussmöglichkeiten – das andere. Dasselbe galt auch für die vielfach erhobene Forderung nach dem Gang in die Opposition, deren Argumente der Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl zusammenfasste: »Ich kann aus dem Wahlergebnis keinen Regierungsauftrag für die ÖVP ableiten. Jetzt sollen sich einmal die Sieger zusammensetzen und abseits von Parteiinteressen und Eitelkeiten zeigen, was sie können. Auch wenn sich jeder jetzt wieder das Arbeitstier und den Packesel ÖVP wünscht. Es geht auch darum, Österreich zu zeigen, was passiert, wenn die ÖVP nicht den Karren aus dem Dreck zieht.«<sup>6</sup>

Der designierte ÖVP-Obmann befand sich zwischen Skylla und Charybdis. Es galt, mit Ruhe und Vernunft zwischen den Wogen der Emotion und den realpolitischen Rahmenbedingungen zu steuern. Es galt Bismarcks Diktum über Politik, die der preußische Kanzler mit dem Segeln auf hoher See verglich. Der Segler vermag die Naturgewalten nicht zu beeinflussen, aber er kann günstige Gelegenheiten nutzen, um sein Ziel zu erreichen. Dazu bedürfe es aber eines Ziels und der Ausdauer, dieses zu erreichen.

Am 8. Oktober beauftragte Bundespräsident Heinz Fischer mit einem Schreiben Werner Faymann als Vorsitzenden der stimmen- und mandatsstärksten Partei mit der Regierungsbildung, wobei er sich zwar auf keine Koalitionsform festlegte, jedoch zwischen den Zeilen eine deutliche Präferenz für eine Große Koalition erkennen ließ. Die Regierungsbildung sollte vor Weihnachten abgeschlossen sein und das Regierungsübereinkommen auch ein klares Bekenntnis zur EU enthalten.<sup>7</sup> Die

5 Die Presse 2.10.2008. S. 5.

6 Die Presse 11.10.2008. S. 25.

7 Das Schreiben hatte folgenden Wortlaut:

»Sehr geehrter Herr Bundesparteivorsitzender!

Seit dem 6. Oktober liegt das vorläufige Endergebnis der Nationalratswahl vor. Unter Bedachtnahme auf dieses Wahlergebnis vertraue ich Sie mit der Erstellung einer neuen Bundesregierung. [...] Im Lichte der internationalen wirtschaftlichen Entwicklung und eines auch für Österreich prognostizierten Rückganges des Wirtschaftswachstums ist die Bildung einer entscheidungsstarken und reformfreundigen Bundesregierung, die sich mit ganzer Kraft diesen Problemen und ihren wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen widmen kann, von besonderer Bedeutung.

Ich gehe davon aus, dass die österreichische Außenpolitik weiterhin auf bewährten Grundlagen auf-

traditionelle Dramaturgie, die dem Auftrag zur Regierungsbildung durch den Bundespräsidenten folgt, war erstmals 1999 mit der Bildung der Regierung Schüssel I nicht befolgt worden. Hatte Schüssel nicht die sofortige Aufnahme von Regierungsverhandlungen, sondern von Sondierungsgesprächen mit allen Parteien gefordert, so forderte nunmehr Josef Pröll »Österreich-Gespräche« mit allen im Parlament vertretenen Parteien als Vorstufe zu konkreten Regierungsverhandlungen. Die Begründung der Forderung war nicht ungeschickt: Angesichts der massiven Finanz- und Wirtschaftskrise sei ein nationaler Schulterschluss erforderlich. Nur durch diesen ließen sich die auf das Land zukommenden Probleme meistern. Durch den Verlust der  $\frac{2}{3}$ -Mehrheit von SPÖ und ÖVP seien diese im Fall der Neuauflage ihrer Koalition bei verfassungsrechtlichen Materien auf die Mitarbeit mindestens einer Oppositionspartei angewiesen. Faymann war bei seinem ersten Treffen mit Pröll am 9. Oktober im Parlament gezwungen, auf dessen Wünsche einzugehen und erklärte sich bereit, bereits Mitte Oktober alle Parteiobermänner zu einem runden Tisch einzuladen.

Die Eröffnungszüge von Faymann und Pröll wurden, der politischen Strategie gehorchend, durch einen überraschenden Gegenzug von FPÖ und BZÖ gestört. Am 8. Oktober, dem Tag der Beauftragung Faymanns mit der Regierungsbildung, posierten Jörg Haider und Heinz-Christian Strache freundschaftlich vor den Fotografen. Der BZÖ-Obmann, der noch im Wahlkampf vor laufender Kamera Strache das Du-Wort entzogen, und der FPÖ-Obmann, der bisher alle Gerüchte über eine mögliche Aussöhnung brüsk von sich gewiesen hatte, schienen nach einem persönlichen Treffen ihre Differenzen zumindest teilweise beseitigt zu haben. Man werde, so verlauten beide, in Zukunft bei gewissen parlamentarischen Materien zusammenarbeiten. Jörg Haider, wahrscheinlich der Initiator des Treffens, erklärte unter Anspielung auf den Regierungsbildungsauftrag an Faymann, beim BZÖ gelte das Motto: »Jede Konstellation ist besser als Rot-Schwarz.«<sup>8</sup>

Im Wissen um die Stimmung an der ÖVP-Parteibasis deutete Haider die Möglichkeit der Bildung einer ÖVP-FPÖ-BZÖ-Regierung an. FPÖ-Abgeordneter Peter Fich-

---

baut und dass Österreich am Projekt der europäischen Zusammenarbeit als verlässlicher Partner aktiv mitarbeitet. Projekte für Reformen im Bereich der Bundesverfassung sollten neuerlich in Angriff genommen werden. [...]

Nachdrücklich hinweisen möchte ich auf die große Bedeutung von Bildung und Forschung [...]

Zu den wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung wird es gehören, das Vertrauen [...] in die Politik zu stärken und einer zunehmenden Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Zu diesem Zweck sind neue und überzeugende Formen der Regierungsarbeit wichtig. Ich ersuche um Berichterstattung über den Stand der Regierungsverhandlungen und wünsche Ihnen für die mit diesem Auftrag verbundenen Bemühungen den besten Erfolg.

Ich verbleibe mit freundlichen Grüßen

Heinz Fischer.« (SN 9.10.2008. S. 2.)

8 SN 9.10.2008. S. 2.



tenbauer und der ehemalige Justizminister in der SPÖ-FPÖ-Koalition Harald Ofner ließen sich ebenfalls zustimmend vernehmen. Für Fichtenbauer sei die FPÖ ebenso regierungsfähig wie andere Parteien. »Die Wähler geben ihre Stimme ab, damit das Wahlprogramm unterstützt wird. Und die Inhalte kann man nicht in einer Opposition umsetzen.« Es sei zudem eine Tatsache, »dass Österreich Mitte-rechts gewählt hat«. Harald Ofner befürwortete eine Zusammenarbeit von FPÖ und BZÖ, denn dann könnten sie einem möglichen Koalitionspartner auf Augenhöhe begegnen.<sup>9</sup>

Die Kalkulation vor allem von Jörg Haider, mit Hilfe der zahlreichen Befürworter einer Mitte-rechts-Koalition in der ÖVP doch noch diese Regierungskonstellation verwirklichen zu können, löste sich durch seinen Unfalltod am 11. Oktober in Luft auf. Hatte bereits vor seinem Tod ÖVP-intern eine Koalition mit FPÖ und BZÖ vor allem wegen der unsicheren Rolle der FPÖ als Hochrisikovariante gegolten, so galt dies nach dem Tod des BZÖ-Obmanns auch für seine Partei. Wenngleich der innerparteiliche Unmut über eine Neuauflage der Koalition mit der SPÖ nicht abebbte, so schien vielen nunmehr angesichts der tsunamihafte Züge annehmenden Finanz- und Wirtschaftskrise und der ungewissen Zukunft des BZÖ unter deren Interimsparteichef Stefan Petzner die Große Koalition die einzig realistische Variante. Martina Salomon bemerkte in einem scharfsinnigen Kommentar zur Situation der ÖVP und der Frage, was denn nach dem Tod Haiders vom BZÖ bleibe: »Einerseits viel: eine Partei mit 21 Nationalratsabgeordneten und einem ›orangen‹ Bundesland. Andererseits nicht viel: Als Koalitionspartner scheidet es nun ganz aus. Selbst der unberechenbare Jörg Haider war berechenbarer als das, was jetzt folgt. Die ohnehin nicht sehr wahrscheinliche, aber von einigen ÖVP-Politikern favorisierte Variante Schwarz-Blau-Orange ist damit ausgeschlossen. Die SPÖ hat sich schon lange vorher auf Rot-Schwarz festgelegt. Der ÖVP bliebe als Alternative nur die Opposition. Aber das wird sie nicht wagen. Selbst die, die bisher dafür waren, fallen jetzt plötzlich reihenweise um, obwohl die schwarze Parteibasis sehr dafür wäre, die SPÖ einmal allein regieren zu lassen, damit diese endlich bei Budgetpolitik und internationalen Spielregeln auf dem Boden der Realitäten ankommt, den sie speziell in Wahlkampfzeiten so gerne verlässt. Doch der Druck auf die ÖVP, angesichts der internationalen Finanzkrise nicht so verantwortungslos zu sein und in Opposition zu gehen, ist groß.« Die ÖVP werde daher wieder in eine Koalition mit der SPÖ einschwenken, denn die »schwarz-blauen« Falken um Exkanzler Wolfgang Schüssel und Wirtschaftsminister Martin Bartenstein seien in den Hintergrund getreten und hätten massiv an Einfluss verloren, während »Josef Prölls Hinterland großkoalitionär eingestellt« sei.<sup>10</sup>

Wenngleich die von Pröll gewünschten Österreich-Gespräche am 14. und 29. Oktober stattfanden, so hatten sie angesichts der neuen Rahmenbedingungen nicht den

<sup>9</sup> Die Presse 10.10.2008. S. 2.

<sup>10</sup> Martina Salomon: Wer bekommt Haiders Wählerstimmen? – In: Die Presse 14.10.2008. S. 39.

gewünschten Effekt. Der ÖVP-Parteivorstand zog aus dieser Entwicklung die Konsequenz und beauftragte bereits im Anschluss an das erste »Österreich-Gespräch« am 14. Oktober Josef Pröll mit der Aufnahme von Koalitionsgesprächen mit der SPÖ. Zu stark war angesichts der dramatischen Entwicklung auf den Finanzmärkten und in deren Folge der Realwirtschaft am Vorabend der Sitzung des Parteivorstandes der Druck des Wirtschaftsbundes und der großen Landesorganisationen auf eine weitere Zusammenarbeit mit der SPÖ geworden. Wenngleich man – eher deklamatorisch in Richtung der Stimmung an der Basis und in manchen Landesverbänden (Steiermark, Kärnten) und als, allerdings weitgehend leere, Drohgebärde gegenüber dem Verhandlungspartner SPÖ – betonte, dass nach wie vor alle Optionen im Spiel seien, so hatte man damit eine definitive Entscheidung getroffen, von der man sich nur mit einem erheblichen Gesichtsverlust hätte verabschieden können.<sup>11</sup>

Bereits im Vorfeld der am 21. Oktober im Parlament beginnenden Gespräche der je neunköpfigen Verhandlungsteams<sup>12</sup> schlug Werner Faymann äußerst geschickt die Pflöcke ein, indem er drei thematische Schwerpunkte nannte, mit denen er auch bei der ÖVP mit Zustimmung rechnen konnte. Zur Unterstützung vor allem der Klein- und Mittelbetriebe sollte ein Konjunkturpaket (Mittelstandsmilliarde), auf das sich bereits die noch amtierende Regierung Gusenbauer/Molterer geeinigt hatte und das am 28. Oktober vom Nationalrat beschlossen wurde, realisiert werden. Diesem sollte, wenn nötig, was ziemlich wahrscheinlich war und von der Wirtschaft vehement gefordert wurde, ein zweites Konjunkturpaket folgen, um der steigenden Arbeitslosigkeit gegenzusteuern. Bestand in diesen beiden Punkten Konsens zwischen den Verhandlungspartnern, so war die ÖVP bei der dritten Forderung gespalten: Um die Kaufkraft zu stärken und die Inlandsnachfrage zu stimulieren, sollte die mit Wirksamkeit 2010 geplante Steuerreform auf 2009 vorgezogen werden. Bis Weihnachten, so Faymann, könnte die neue Regierung stehen.

Die medialen Kommentare zu der personellen Konstellation der Verhandlungsteams sowie der absehbaren Neuauflage der Großen Koalition waren keineswegs

11 Martin Falb: »Die Herausforderungen an die Politik sind groß.« Die Regierungsverhandlungen 2008 zwischen Werner Faymann und Josef Pröll. – In: ÖJP 2008. S. 137–152. S. 141 f.

12 Für die SPÖ verhandelten Parteivorsitzender Werner Faymann, Beamtenstaatssekretär Andreas Schieder, Finanzstaatssekretär Christoph Matznetter, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Verteidigungsminister Norbert Darabos, Unterrichtsministerin Claudia Schmied, SPÖ-Gewerkschaftschef Wilhelm Haberzettl, der burgenländische Landeshauptmann Hans Niessl und Bundesgeschäftsführerin Doris Bures. Für die ÖVP Parteiobmann Josef Pröll, Außenministerin Ursula Plassnik, Finanzminister Wilhelm Molterer, die Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit Christine Marek, Innenministerin Maria Fekter, Wissenschaftsminister Johannes Hahn, der Chef der christlichen Gewerkschafter Fritz Neugebauer, der Vorarlberger Landeshauptmann Herbert Sausgruber und Wirtschaftsbund-Generalsekretär Karlheinz Kopf. Die Verhandlungsteams behandelten die Themen EU/Außenpolitik, Finanzen/Steuern, Frauen/Familie, Sicherheit, Bildung/Schule, Soziales/Gesundheit, Verwaltung/Verfassung und Wirtschaft/Arbeit.